

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 12.06.2025)

Titel: Mit Links! Zehn Punkte für Stadt und Land

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND München möge das nachfolgende Programm zur Kommunalwahl 2026 beschließen und den Vorstand der GRÜNEN JUGEND München mandatieren, im Namen der Mitgliederversammlung darauf hinzuwirken, die Forderungen im Kommunalwahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen München und Bündnis 90/Die Grünen München-Land zu platzieren.

Mit Links! Zehn Punkte für Stadt und Land

In Zeiten knapper kommunaler Kassen und drastischer Einsparungen, erscheint ein eigenständiges Kommunalwahlprogramm der GRÜNEN JUGEND München wichtiger denn je: Wir rücken Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt unserer Forderungen. Es braucht eine Vision, eine Idee für Stadt und Land, die aufzeigt, wo sich Investition und politisches Engagement in den nächsten sechsen Jahren lohnt und es das Leben für alle Menschen im Stadtgebiet und Umland spürbar verbessert. Die Liste wäre wohl endlos, aber politische Schlagkraft braucht einen klaren Fokus. Diesen stellen die folgenden zehn Punkte dar, die unser Kommunalwahlprogramm bilden:

Wir, die GRÜNE JUGEND München fordern

- eine entschlossene **Fortsetzung der Energiewende statt Spardiktat**. Die Förderung von energetischen Sanierungen, Mieterstrommodellen, Balkonkraftwerken und des Umstiegs auf klimafreundliches Heizen muss sozialgerecht ausgebaut; eine Förderung von Bürgerenergieparks im

Landkreis und ein kommunales Klimageld in Angriff genommen werden. Es darf keine weiteren Sparzwänge beim Münchener "Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude" (FKG) geben, die Fördersumme muss stattdessen perspektivisch steigen und die Deckelung daher wieder gestrichen werden;

- weitreichende Maßnahmen zur **Abkühlung und Begrünung der Stadt und des Landkreises**. Das umfasst einen starken Ausbau von Trinkwasserbrunnen, offenen Wasserflächen und die Installation von öffentlichen Nebelduschen an heißen und belebten Plätzen und ÖPNV-Knotenpunkten sowie eine konsequente Umsetzung der 3-30-300-Regel als Mindestmaß (drei Bäume im Sichtfeld, 30% der Fläche durch Baumkronen beschattet und alle 300 Meter mindestens eine Grünfläche). Wir fordern in München zudem eine Entsiegelung und Begrünung der Ludwigstraße und Sonnenstraße;
- einen beschleunigten **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** (ÖPNV) für alle. Das bedeutet eine bessere Anbindung des Stadtrands und Landkreises, insbesondere durch mehr Querverbindungen (z. B. durch Busringlinien und den Bau der S-Bahn-Ringbahn), eigene Bus- und Trampuren, einen Ausbau des "Park+Ride"-Systems und eine bedarfsgerechte Verdichtung des Takts in Stadt und Land durch bessere Arbeitsbedingungen für mehr Personal. Neben dem Bau der Tram nach Johanneskirchen, sowie der West- und Nordtangente, soll die Stadt München darüber hinaus mindestens zwei neue Tramprojekte in Angriff nehmen, wovon ein Projekt sich auch in den Landkreis erstrecken soll;
- eine **Umverteilung des öffentlichen Raums zugunsten von Fuß- und Fahrradinfrastruktur**. Das heißt eine konsequente Umsetzung des Radentscheids, ein für junge Menschen und Bedürftige vergünstigtes Fahrradverleihsystem im gesamten MVG-Gebiet, eine Verdopplung der baulich getrennten Fahrradwege und inklusive Fußgängerwege von mindestens 2,5 Meter Breite ohne Falschparker*innen. Konkret fordern wir zudem eine autoreduzierte Zone innerhalb des mittleren Rings;
- **mehr bezahlbaren Wohnraum** durch gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und den Entzug von Wohnraum aus der Profitmaximierung. Das umfasst Strafzahlungen bei spekulativem Leerstand durch eine Verschärfung bzw. Einführung der Zweckentfremdungssatzung, die Prüfung von weitgehenden Maßnahmen bis hin zur Vergesellschaftung, wenn Investor*innen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden (z.B. Sendlinger Loch & Paseo Carré), die Ausweitung von

56 solidarischen Wohnpraktiken wie Wohnen gegen Hilfe, Kautionsfonds, der
57 Wohnungsbörse und die Priorisierung von Wohnungsbau durch
58 Genossenschaften, Syndikate, das Azubiwerk und die Münchner Wohnen. Wir
59 fordern eine Verdopplung der Wohnheimplätze für Auszubildende, eine
60 kommunale Förderung von 20.000 Euro für jeden neugebauten Wohnheimplatz
61 und ein Wohnheim, in dem sowohl Studierende und Auszubildende gemeinsam
62 leben;

- 63 • **Maßnahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit.** Das umfasst multiprofessionelle
64 Teams mit Fokus auf psycho-soziale Unterstützungsangebote von der KiTa bis
65 zum Abschluss (in allen Schulformen), städtische Beratungs- und
66 Informationsangebote für Schüler*innen auf dem zweiten Bildungsweg und die
67 Priorisierung von Schulneubau- und Schulsanierungsprojekten in sozial
68 benachteiligten Vierteln. Wir fordern die Ausweitung von selbstverwalteten
69 Räumen wie dem Münchner Haus der Schüler*innen, insbesondere dezentral an
70 Schulen;
- 71 • **bessere Unterstützung für armutsbetroffene und obdachlose Menschen.** Das
72 umfasst den Abbau obdachlosenfeindlicher Architektur im gesamten
73 Stadtgebiet, bedarfsgerechte und sichere Unterkünfte insbesondere auch für
74 obdachlose Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen
75 und die Stärkung von Sozialbürgerhäusern als offenen und
76 niedrigschwelligen Orten. Wir fordern zudem die Ausstellung von finanziell
77 geförderten Deutschlandtickets statt der zeitlich eingeschränkten Isarcard
78 S und von MVV und MVG, das Fahren ohne Fahrschein nicht weiter als
79 Straftat zu verfolgen;
- 80 • **eine entschlossene Bekämpfung von Rassismus.** Dazu zählen eine sichtbare
81 Integration von dezentralen Flüchtlingsunterkünften ins Stadtbild, eine
82 Ausweitung des Angebots kostenloser Deutschkurse in diesen Unterkünften,
83 die Stärkung des Migrationsbeirats durch mehr Budget und ein Antragsrecht,
84 verpflichtende Antirassismus-Schulungen für alle städtischen und
85 kommunalen Beamten und die Stärkung der Strukturen für Meldestellen für
86 Fälle von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung,
87 sowie die Forderung an die Landesregierung, das Kommunalwahlrecht auf
88 Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft auszuweiten. Konkret fordern wir je
89 eine Meldestelle für Fälle bezüglich rassistischer Diskriminierung und
90 rechtsextremer Vorfälle in der Stadt und im Landkreis;

- **die umfassende und schnelle Förderung von Maßnahmen und Unterstützungsangeboten für ein barrierefreies Leben.** Dazu gehören der konsequente Ausbau barrierearmer ÖPNV-Angebote (z. B. Leitstreifensysteme, Rampen und akustische Signale), Lärmreduzierung für neurodivergente Personen, die aktive Planung inklusiver Geh- und Schulwege sowie die Garantie von Inklusion bei Schwachverkehrszeiten und Schienenersatzverkehren. Um Mobilität bereits jetzt zu gewährleisten, fordern wir Taxigutscheine für Menschen mit Unterstützungsbedarf;
- **mehr gerechte Teilhabe durch zugängliche, kostenlose und konsumfreie Begegnungsorte und Kulturangebote – insbesondere auch wetterfeste Räume.** Das umfasst den bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Sportflächen, die von allen unabhängig von Geschlecht, Alter und Vorerfahrung genutzt werden können, selbstverwaltete Jugendräume mit Platz für nicht-kommerzielle Nutzung, die Förderung von Nachbarschaftstreffs und konsumfreien Wochenend- und Abendangeboten sowie die Stärkung von Freizeit-, Ferien-, Familien-, Landkreis- und München-Pass und die Wiedereinführung von FLINTA*-Nachttaxigutscheinen. Darüber hinaus fordern wir einen städtischen Club in München, der von unterschiedlichen Kollektiven bespielt werden kann und eine konsumfreie Silvestermeile für alle.

In Anbetracht der zahlreichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, haben unsere zehn Forderungen allesamt das Potential, sowohl die Lebensrealität der Menschen als auch das gesellschaftliche Zusammenleben nachhaltig zu verbessern! Sie bilden eine Chance für alle Menschen, die jetzt oder in Zukunft im Stadtgebiet oder Landkreis München Zuhause sind oder sein werden. Gemeinsam für das gute Leben für alle!

Begründung

Gemeinsam haben wir in drei thematischen Programmwerkstätten zu den Themen "Klima und Mobilität", "Soziales und Wohnen" sowie "Teilhabe und Jugend" unser Programm basisdemokratisch erarbeitet. Inklusive dem Vorstellungs- und Diskussionsstreffen haben sich am Programmprozess insgesamt 37 verschiedene Mitglieder aktiv beteiligt! Unser Programm steht auf den Schultern unserer Mitglieder, nun wollen wir es gemeinsam beschließen.